



RÜSTUNG

## „Leos“ für die Saudis

Deutschland ist bereit, moderne „Leopard“-Kampfpanzer an Saudi-Arabien zu liefern. Damit ändert die Bundesregierung eine jahrzehntealte Linie, dem autoritär geführten Königreich keine schweren Waffen zu liefern. Der Bundessicherheitsrat billigte in der vergangenen Woche grundsätzlich den Export. Die Saudis haben Interesse an mehr als 200 Stück auf Basis der modernsten „Leopard“-Variante, dem Typ 2A7+. Die deutsche Rüstungsindustrie – neben der Münchner Panzerschmiede Krauss-Maffei Wegmann der zweite große Landsystemhersteller Rheinmetall und zahlreiche Zulieferunternehmen – erhofft sich ein Milliardengeschäft, da die Saudis neugebaute Panzer wollen und keine gebrauchten. Riad hatte zunächst mit Spanien verhandelt, wo das zu einem US-Rüstungskonzern gehörende Unternehmen Santa Bárbara „Leopard“-Panzer in Lizenz herstellte. Inzwischen zeichnet sich ab, dass ein Großteil der Fahrzeuge aus Deutschland kommen wird. In den vergangenen Jahrzehnten war der Wunsch Riads nach dem „Leo“ immer mit dem Hinweis auf eine Gefährdung Israels abgelehnt worden. Dem hochtechnisierten Staat gilt jedoch eine saudische Panzertruppe nicht mehr als Gefährdung. Friedlich war das Königreich zuletzt nicht aufgetreten: Der arabische Frühling in Bahrain war mit Hilfe saudischen Militärs blutig niedergeschlagen worden.

Kampfpanzer „Leopard“

K.W.W.

ATOMBRENNSTOFF

## Unklare Herkunft

Auch nach der Atomwende ver-schleiert die Bundesregierung weiterhin die Herkunft des Urans für die deutschen Kraftwerke. In Antworten auf parlamentarische Anfragen der Grünen und der Linken verweigert sie Informationen darüber, wie viel Nuklearbrennstoff aus Lieferländern wie Niger oder Kasachstan stammt. Das Gros seines Bedarfs importiert Deutschland aus Frankreich und Großbritannien, erläutert die Bundesregierung, obwohl dieser Rohstoff dort nicht abgebaut, sondern nur aufbereitet und zwischengehandelt wird. Die Regierung schreibt, genauere Informationen über die Herkunft seien „nicht erforderlich und nicht verfügbar“. Expertenschätzungen zufolge bezieht Lieferland Frankreich ein Viertel seines Urans aus Niger. Der Entwicklungsexperte Niema Movassat (Linke) wirft der Bundesregierung vor, es sei ihr „gleichgültig, dass beim Abbau des Urans die Lebensgrundlagen der Menschen in Niger ruiniert und ein korruptes Regime gestützt werden“.

KOALITION

## Schäuble stoppt Bahr

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) lässt seinen neuen Kabinettskollegen Daniel Bahr (FDP) mit einem Gesetzentwurf zum Thema Ärztemangel auflaufen. Der Referentenentwurf für das sogenannte Versorgungsgesetz aus dem Gesundheitsministerium müsse noch einmal umfassend überarbeitet werden, heißt es in einem zwölfseitigen Vermerk des Finanzministeriums. Bahr liefere keine nachvollziehbaren Berechnungen, zudem könne man den Eindruck gewinnen, es gehe nur darum, mehr Geld ins Gesundheitssystem zu geben, kritisieren Schäubles Beamte. So würde die neue Regelung bei der zahnärztlichen Vergütung zu erheblichen Kostensteigerungen führen. Besser wäre es laut Finanzministerium, die Vergütungen nur im Durchschnitt der übrigen Akademikergehälter in Deutschland steigen zu lassen. Auch mit Bahrs Plänen, mehr niedergelassene Ärzte aufs Land zu locken,

ist Schäuble nicht einverstanden. Aus Sicht des Finanzministeriums „sollte daran festgehalten werden, dass in unterversorgten Gebieten Zuschläge und in überversorgten Gebieten Abschläge vorzusehen sind“, heißt es. Dadurch sei das „Niederlassungsverhalten am effektivsten“ zu steuern. Bahr hatte in seinem Entwurf zwar vorgesehen, den Ärzten auf dem Land mehr Geld zu zahlen. In Großstädten wie Hamburg oder München, wo es häufig zu viele Praxen gibt, will er den Medizinern im Gegenzug jedoch keine finanziellen Abstriche zumuten.



Minister Bahr in der Berliner Charité

MICHELE TANTUSSI / DAPD